

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,  
Bildung und Forschung WBF  
Herr Bundesrat Guy Parmelin  
Bundeshaus West  
3003 Bern

Bern, 29. April 2026

Zuständig: Jonas Eyer  
Sekretariat: Jeannette Saurer  
Dokument: 260429\_Stellungnahme\_  
Standortförderung.docx

## **Standortförderung 2028-2031 – Vernehmlassungsverfahren**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Parmelin,  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben vom 25. Februar 2026 laden Sie uns ein, zur oben genannten Vorlage Stellung zu nehmen. Für die uns gegebene Möglichkeit danken wir Ihnen bestens und sind gerne bereit, uns in dieser Angelegenheit vernehmen zu lassen.

### **Grundsätzliche Erwägungen**

Der Schweizer Bauernverband (SBV) vertritt unter anderem die Interessen des ländlichen Raums und Berggebiete. In diesem Zusammenhang kommt der Standortförderung eine zentrale Bedeutung zu, da sie direkte Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Perspektiven dieser Regionen hat.

Der Zeitpunkt der Vernehmlassung ist etwas unglücklich gewählt, da parallel das Entlastungspaket im Parlament behandelt wurde. Zudem ist der Inhalt in dieser Vernehmlassung in zentralen Punkten nicht nachvollziehbar. Die Vorlage basiert auf der Annahme, dass die vom Bundesrat im Entlastungspaket 2027 vorgeschlagenen Kürzungen vom Parlament in dieser Form übernommen würden. Die entsprechenden Bereiche in der Botschaft Standortförderung müssen grundlegend überarbeitet werden.

Die parlamentarischen Entscheide zeigen folgendes Bild: Im Tourismusbereich wurden die Kürzungen deutlich reduziert (10 % statt der vorgesehenen 20 %) und in der Neuen Regionalpolitik wurden die Mittel weitgehend beibehalten. Der Bundesrat zieht sich somit nicht, wie ursprünglich vorgesehen, aus der Regionalpolitik zurück und tätigt weiterhin Einlagen in den Fonds für Regionalentwicklung. Daher braucht es auch keine Gesetzesanpassung, wie es in der Vernehmlassungsvorlage stand. Ein Rückzug des Bundes aus der Regionalpolitik wird vom SBV auf keinen Fall akzeptiert. Wir stehen klar für eine Stärkung der Berggebiete ein, wodurch die Regionalpolitik als sehr wichtiges Instrument in der Schweiz gilt. Das bestätigte auch das Parlament im Herbst 2025 und Frühling 2026.

### **Schlussbemerkungen**

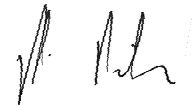
Das Vorgehen des Bundesrates ist sowohl zeitlich als auch inhaltlich nicht nachvollziehbar. Die Beschlüsse des Parlaments zum Entlastungspaket zeigen deutlich, dass die Vernehmlassungsvorlage zur Botschaft Standortförderung auf unzutreffenden Annahmen basiert.

Vor diesem Hintergrund macht für den SBV die aktuelle Vernehmlassung keinen Sinn und lehnt daher die Botschaft Standortförderung 2028-2031 in der vorliegenden Form ab. Wir würden sogar einen Abbruch der aktuellen Vernehmlassung vorschlagen.

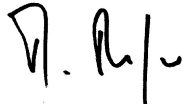
Seite 2|2

Wir hoffen, dass Sie unser Anliegen berücksichtigen werden und danken Ihnen nochmals für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse  
**Schweizer Bauernverband**



Markus Ritter  
Präsident



Martin Rufer  
Direktor